



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei einem USA-Besuch vor dem Kapitol in Washington.

XANDER HEHL / PICTURE ALLIANCE / PHOTOTHEK

Was der Ausgang der US-Wahl für Deutschland bedeutet

Der Personalwechsel im Weißen Haus hat weitreichende Folgen für Europa. Ist man in Berlin darauf vorbereitet?

„Es wird unter die Gürtellinie gehen“

US-Experte van de Laar sagt, wie der Wahlkampf weitergehen könnte

Theresa Martus

Berlin. Julius van de Laar ist ein international tätiger Politikstratege und Kommunikationsberater. Er lebte sieben Jahre in den USA, nach seinem Studium arbeitete er 2008 und 2012 als hauptamtlicher Wahlkampf für Barack Obama.

Herr van de Laar, Donald Trump behauptet, Kamala Harris sei für ihn einfacher zu schlagen als Joe Biden. Hat er recht?

Julius van de Laar: Das muss er jetzt sagen, um seine Souveränität unter Beweis zu stellen. Aber die Chancen der Demokraten sind mit dem Rücktritt von Joe Biden signifikant gestiegen. Das zeigen auch die Umfragen: Es gibt die ersten Umfragen im Feld, die ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Donald Trump und Kamala Harris sehen. Ob das nach ihren ersten Auftritten so bleibt, wird sich zeigen – sie darf sich jetzt keine Fehler erlauben.

Wie wird sich die Trump-Kampagne auf Harris einstellen?

Während wir sprechen, arbeiten die Strategen der Republikaner daran, eine Karikatur von Harris zu zeichnen. Sie werden versuchen, sie als extrem darzustellen, als „woke“. Und sie werden sie angreifen als eine der Hauptverantwortlichen dafür, dass die Grenze im Süden die letzten dreieinhalb Jahre offen stand. Diese Grenze war eines der Hauptthemen in ihrem Aufgabenportfolio als Vizepräsidentin. Und Migration ist eines der wichtigsten Themen für die republikanische Basis.

Harris ist schwarz und eine Frau. Welche Rolle wird das im Wahlkampf spielen?

Es gibt bereits erste Videos, die versuchen, sie ins Lächerliche zu ziehen. Auf einer Wahlkampfveranstaltung gestern hat Trump sie als „crazy“ bezeichnet, als „verrückt“, und ihr Lachen als Beleg dafür genommen. Es wird in diesem Wahlkampf auch persönlich werden, es wird unter die Gürtellinie gehen. Aus Harris Sicht ist es dennoch sinnvoll, zu Beginn Ihrer Kandidatur sicherzustellen, dass Sie Afroamerikaner konkret anspricht, denn die sind ein wichtiger Teil der Parteibasis.

Was bedeutet es für Trump persönlich, gegen eine Frau anzutreten?

Er hat mit Hillary Clinton schon einmal gegen eine Frau kandidiert. Und diese Kampagne hat er gewonnen. Jetzt hat er eine Gegnerin, die, auch durch ihre Vergangenheit als Staatsanwältin, Argumente sehr scharf artikulier kann. Anders als Joe Biden, der zuletzt nicht mehr über diese Fähigkeiten verfügte. Ich glaube also nicht, dass sie eine einfachere Gegnerin ist, wie Trump behauptet.



Van de Laar Analyse

US-Wahl verstehen

Trump spendete einst an Harris Geld

Washington. Bei der Präsidentschaftswahl im November könnte es zum Duell Kamala Harris gegen Donald Trump kommen. Pikant: In der Vergangenheit hat Trump an Harris Geld gespendet. Der trump-kritische Account „Republicans against Trump“ zeigte bei der Plattform X eine Quittung und schrieb: „Die MAGA-Anhänger (Make America Great Again; Anm. d. Red.) werden auslappen, wenn sie herausfinden, dass Trump 2011 für Harris' Kampagne gespendet hat.“ Allerdings: Das war 2011, Harris wollte damals Generalsstaatsanwältin von Kalifornien werden (was sie dann auch bis 2017 war), Trump war erst von 2017 bis 2021 US-Präsident. Bevor Trump Politiker wurde, war es üblich, dass er sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten spendete. Neben den 5000 Dollar im Jahr 2011 gab es noch eine Spende über 1000 Dollar 2013 an Harris. Später bezeichnete Trump seine Spenden an Demokraten als „strategische Schritte“. Er habe sich damit Einfluss erkaufen wollen. *zfb*

Michael Backfisch

Washington/Berlin. Der plötzliche Rückzug von Joe Biden hat die Karten im US-Präsidentschaftswahlkampf neu gemischt. Was würde ein US-Präsident Donald Trump für Deutschland bedeuten, was eine Präsidentin Kamala Harris oder ein anderer Demokrat? Und: Wären wir darauf vorbereitet?

Was kommt auf Deutschland mit einem US-Präsidenten Donald Trump zu?

Der Druck auf Deutschland dürfte in vielerlei Hinsicht zunehmen. Präsident Donald Trump würde die militärische Unterstützung für die Ukraine radikal zurückfahren, vielleicht sogar auf null. Bislang betrug die US-Hilfe für die Ukraine mehr als 100 Milliarden Dollar. Unter Trump müssten die Europäer künftig diesen Anteil allein stemmen. Trump selbst fuhr bei einer Wahlkampfveranstaltung im Februar eine gewaltige Drohkulisse auf. Wenn Nato-Länder nicht genug in ihre Verteidigung investieren, könne Russland mit ihnen machen, „was auch immer zur Hölle es will“. Unter Trump würde Sicherheit des Wirtschaftsgut, auch für Verbündete. Auf die Frage, ob die USA Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs verteidigen würden, sagte er dem Magazin „Bloomberg Businessweek“: „Ich denke, Taiwan sollte uns für die Verteidigung bezahlen. Wir sind nichts anderes als eine Versicherungsgesellschaft.“

Die Marke von mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung, zu der sich die Nato-Partner 2014 verpflichtet hatten, würde sehr wahr-

scheinlich deutlich nach oben verschoben. „Trump könnte die US-Beistandspflicht im Rahmen der Nato indirekt infrage stellen, um die Europäer unter Druck zu setzen. Dieses Damoklesschwert würde während Trumps Amtszeit wahrscheinlich erneut über Europa hängen“, sagte Dominik Tolksdorf von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) unserer Redaktion.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass ein Nato-Exit unmittelbar bevorsteht. „Kurzfristig ist unter Trump nicht mit einem Nato-Austritt der USA zu rechnen – zumal der Senat bei dieser Frage noch mitzureden hätte. Auch würden große Teile der Republikaner dies zumindest derzeit nicht befürworten“, sagte Martin Thurnert vom Heidelberg Center for American Studies der Uni Heidelberg unserer Redaktion. „Trump wird aber Bedingungen stellen, dass die Europäer deutlich mehr für ihre Verteidigung ausgeben. Das gilt vor allem für große Nato-Staaten wie Deutschland. Es geht auch um Lastenteilung in Bedrohungslagen, gegebenenfalls auch außerhalb Europas – etwa durch China oder den Iran –, die für die USA besonders wichtig ist.“

Trump wirbt allerdings in seiner großspürigen Rhetorik, den diplomatischen Zauberschlüssel für alle internationalen Krisen gefunden zu haben. Er sei in der Lage, den Krieg zwischen Moskau und Kiew „innerhalb von 24 Stunden“ beizulegen. Wie ein solcher Wunder-Deal aussehen soll und ob Trump ein Diktat-Frieden nach dem Geschmack des russischen Präsidenten Wladimir Putin vorschwebt, ließ er offen. Mit Blick auf Israel dürfte Trump

den engen Schulterschluss mit Premierminister Benjamin Netanjahu pflegen, wie in seiner ersten Amtszeit. Dafür wird er umso stärker den Iran und dessen Atomprogramm ins Visier nehmen.

In der Wirtschaftspolitik wird Trump erneut auf Protektionismus setzen. Er hat bereits angekündigt, die Zölle für Exporte nach Amerika um zehn Prozent und für chinesische Produkte sogar um bis zu 60 Prozent zu erhöhen. Das würde deutsche Unternehmen besonders hart treffen. Die USA waren 2023 mit einem Volumen von 158 Milliarden Dollar der größte Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft.

Sie würde die US-Unterstützung von Israel wahrscheinlich mit mehr Bedingungen an die Netanjahu-Regierung verbinden.

Dominik Tolksdorf, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, über Harris' Nahost-Strategie

Und mit einer US-Präsidentin Kamala Harris?

Der außenpolitische Kurs einer möglichen Präsidentin Kamala Harris ist noch nicht klar definiert. „Ich würde eine relativ ähnliche Politik wie unter Biden erwarten: ein klares Bekenntnis zur Nato, zur gemeinsamen Unterstützung der Ukraine und ein diplomatisches Drängen

auf mehr Abstimmung in der Haltung gegenüber China, zum Beispiel im Handelsbereich“, sagt Dominik Tolksdorf von der DGAP.

Harris' bisherige Äußerungen deuten auf Kontinuität hin. „Für Präsident Biden die US-Vizepräsidentin bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar. Amerikas Unterstützung für die Ukraine dürfte sich unter Harris nicht wesentlich ändern – vorausgesetzt, der Kongress spielt mit. Doch auch dann werden die Vereinigten Staaten verlangen, dass die Europäer mehr als bisher für ihre Verteidigung ausgeben. Der Hinweis auf das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr wird nicht reichen.“

Andere Akzente als Biden wird Harris vermutlich in der Nahost-Politik setzen. „Sie würde die US-Unterstützung von Israel wahrscheinlich mit mehr Bedingungen an die Netanjahu-Regierung im Gazastreifen verbinden. Das kommt auch dem Ansatz einiger europäischer Regierungen mehr entgegen“, betont DGAP-Mann Tolksdorf. In der Wirtschaftspolitik ist Harris noch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. „Sie dürfte aber den Bienenkurs mit schuldenfinanzierten Investitionspaketen fortsetzen. Vielleicht wird es mit ihr noch mehr Investitionen in die grüne Transformation der Wirtschaft geben, sollten die Demokraten eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses haben“, so Martin Thurnert vom Heidelberg Center for American Studies zu unserer Redaktion.

Ist die deutsche Politik auf beide Szenarien vorbereitet?

Aus Kreisen der Bundesregierung wird immer wieder hervorgehoben, dass Gespräche mit Republikanern und Demokraten geführt würden. Man sei auf jeden Wahlausgang vorbereitet. Ob das im Falle eines Trump-Wahlsieges tragen würde, wird bezweifelt. „Die Ampelkoalition scheint mir noch keine engen Drähte zu den Trump-Leuten aufgebaut zu haben“, gibt Thurnert zu bedenken. „Richard Grenell, der in Berlin äußerst unbeliebte frühere US-Botschafter, wird in der Trump-Außenpolitik vermutlich eine wichtige Rolle spielen – als Außenminister, Verteidigungsminister oder Sicherheitsberater.“

Aber auch unter einer Präsidentin Harris würden für die Europäer die Bäume nicht in den Himmel wachsen. „Die starke emotionale transatlantische Bindung, die Joe Biden auch aufgrund seiner Generation und seiner langen Erfahrung im Senat hatte, dürfte so nicht bleiben – egal, wer ihm bei den Demokraten nachfolgt. Da dürfen wir uns keine Illusionen machen“, betont Thurnert.

„Wir haben schon bei Präsident Barack Obama gesehen, dass die emotionale Verbindung zu Europa nicht so stark ausgeprägt war. Obama hat den Schwenk nach Asien vorangetrieben. Unter einer Präsidentin Kamala Harris – deren Vater aus Jamaika und deren Mutter aus Indien stammt – dürfte der allgemeine Trend in die indopazifische Obama-Richtung gehen.“ Die Europäer und die Deutschen müssen die Beziehungen zu Washington in jedem Fall neu justieren.

Zwischen Obama und Biden knirscht es hinter den Kulissen

Der Ex-Präsident gilt als mutmaßlicher Strippenzieher bei der Entscheidung vom Sonntag. Doch zu Kamala Harris hält er sich bisher bedeckt

Thorsten Knuf

Washington/Berlin. Als alles vorbei war, meldete sich der Ex-Präsident zu Wort. Und Barack Obama sparte nicht an Komplimenten: Joe Biden sei einer der bedeutendsten Staatschefs der USA überhaupt gewesen – und für ihn, Obama, ein lieber Freund und Partner. „Heute sind wir auch ein weiteres Mal daran erinnert worden, dass er ein Patriot ersten Ranges ist“, schrieb Obama über jenen Mann, der einst sein Vizepräsident war, sein Nachfolger im Weißen Haus wurde und sich am Sonntag unter massivem Druck dazu durchrang, seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit zurückzuziehen.

Der 81-jährige Biden und der inzwischen fast 63-jährige Obama: Das ist so eine Geschichte für sich. Die beiden Demokraten verbindet viel. Sie sind ein großes Stück ihres politischen Weges miteinander gegangen. Beide sind sie Mitte-Links-Politiker, die fest an die Stärke der

Demokratie glauben und daran, dass selbst die USA nur dann stark sein können, wenn sie Verbündete haben und mit anderen Staaten kooperieren.

Und dennoch gab es Momente der Entfremdung. Erst recht in den vergangenen Tagen. Als Bidens Kandidatur nach dem für ihn desaströsen TV-Duell gegen Donald Trump zu wackeln begann und die Rufe nach einem Verzicht immer lauter

wurden, stärkte Obama Biden in der Öffentlichkeit zwar zunächst den Rücken.

Zuletzt soll der Ex-Präsident aber gemeinsam mit anderen Top-Demokraten wie der langjährigen Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, sowie dem Fraktionsführer im Senat, Chuck Schumer, hinter den Kulissen daran gearbeitet haben, dass der Druck auf Biden weiter steigt und dieser schließlich ein-

lenkt. Nach Wahrnehmung des Biden-Lagers sei Obama der „Strippenzieher“ der parteiinternen Kampagne gegen den Präsidenten gewesen, schreibt die „New York Times“. Von einem „Drama shakespeareanischen Ausmaßes“ ist dort die Rede.

Biden soll Obama auch nachtragen, dass dieser 2016 im Stillen eine Präsidentschaftskandidatur Hillary Clintons unterstützte – obwohl der damalige Vizepräsident selbst gern für die Demokraten ins Rennen gegangen wäre. Biden soll bis heute überzeugt sein, dass er anders als Clinton damals Donald Trump geschlagen hätte. Das gelang ihm bekanntlich erst vier Jahre später.

Am Sonntag veröffentlichte Obama knapp zwei Stunden nach Bidens Rückzugs-Ankündigung eine umfassende Stellungnahme, in der er den Charakter und die politische Bilanz des Noch-Präsidenten in den höchsten Tönen lobte. Der Name Harris kommt in dem Text nicht vor – obwohl Biden kurz zuvor klargemacht

hatte, dass er den Staffeln gern an seine Vizepräsidentin weitergeben möchte.

Barack Obama: „Wir werden durch unbekannte Gewässer navigieren“

Obama hat sich dazu nicht geäußert. Bislang unterstützt er Harris' Kandidatur nicht offiziell – ganz anders als Ex-Präsident Bill Clinton und Ehefrau Hillary, die Obama als Außenministerin diente. Obama schrieb nur: „Wir werden in den kommenden Tagen durch unbekannte Gewässer navigieren. Aber ich bin mir sehr sicher, dass die Anführer unserer Partei in der Lage sein werden, einen Prozess anzustoßen, aus dem ein außergewöhnlicher Kandidat hervorgeht.“ Das Obama-Lager ließ dazu verlauten, der Ex-Präsident sehe sich in dieser Frage als unabhängiger „Elder Statesman“. Er wolle sicherstellen, dass sich in der Partei ein Konsens herausbildet. Obama sehe seine Rolle auch darin, die Partei schnell zu einen, sobald es einen oder eine Kandidatin gibt.



Ex-Präsident Barack Obama (l.) soll beim Rückzieher Joe Bidens eine entscheidende Rolle gespielt haben. NICHOLOS KAMMA/AFP